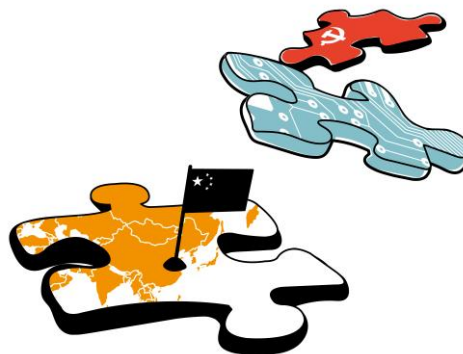


27. NOVEMBER 2025

MERICS China Essentials Sonderausgabe: China im Jahr 2026



INHALT

WIRTSCHAFT UND INDUSTRIE.....	2
Chinas Wirtschaft: Selbstbewusst im Ausland, mäßige Perspektiven im Inland.....	2
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN	3
Die Waffenruhe der „G2“ könnte Brüssel 2026 ins Abseits drängen.....	3
WISSENSCHAFT, TECHNOLOGIE UND INNOVATION.....	4
China setzt auf KI, um die Wirtschaft voranzubringen, aber Tech-Exporte könnten auf Widerstand treffen.....	4
POLITIK UND GESELLSCHAFT	5
Beijing stellt Industrie über Soziales - das belastet zunehmend die Bevölkerung	5
METRIX.....	7
MERICS CHINA DIGEST	7



MERICS

Mercator Institute for China Studies

WIRTSCHAFT UND INDUSTRIE

Chinas Wirtschaft: Selbstbewusst im Ausland, mäßige Perspektiven im Inland

China wird 2026 auf internationaler Ebene wirtschaftlich selbstsicher auftreten, hat Beijing doch die US-Zölle seit dem von Donald Trump verkündeten „Liberation Day“ erfolgreich abgewehrt. Aber neue Investitionszahlen lassen wachsende wirtschaftliche Probleme innerhalb Chinas vermuten.

China hat sich erfolgreich gegen die US-Handelsmaßnahmen zur Wehr gesetzt, die seit der Rückkehr Trumps in Präsidentenamt im Januar 2025 erlassen wurden. Beijing reagierte prompt und verschärfte Exportkontrollen auf Seltene Erden, bei denen China weltweit marktbeherrschend ist. Seltene Erden werden für die Herstellung vieler elektrischer Geräte benötigt, von Fernsehern und Handys bis zu Kampfflugzeugen und Radarsystemen. Das zwang die USA an den Verhandlungstisch und zu einem Abkommen, durch das China Zeit gewonnen hat, sein wichtigstes Ziel umzusetzen: die Abhängigkeit von ausländischen Technologien zu reduzieren.

Derweil ist das chinesische Exportvolumen trotz des Handelsstreits mit den USA weiter angestiegen; chinesische Produkte wurden von anderen Märkten absorbiert. Chinas Regierung hat im internationalen Wirtschaftsgeschehen an Selbstvertrauen gewonnen, auch weil sie dem Druck von außen, vor allem aus Washington, bislang erfolgreich widerstanden hat. Beijing dürfte sein neues Kontrollsystem für den Export Seltener Erden künftig immer dann anwenden, wenn es eigene wirtschaftliche Interessen gefährdet sieht. Dies könnte auch Bemühungen der EU erschweren, in den Wirtschaftsbeziehungen zu China Risiken zu mindern.

Im chinesischen Inland ist die wirtschaftliche Lage indes nicht rosig. Investitionen in Sachanlagen (*fixed asset investment*) waren bislang ein zentraler Wachstumsmotor. Doch diese brachen im Oktober um zwölf Prozent im Vorjahresvergleich ein. Der Rückgang ist besonders besorgniserregend in Infrastruktur und Fertigung. In diesen Bereichen, beide maßgebliche Wachstumstreiber, fielen die Sach-Investitionen, die Pandemie-Jahre ausgenommen, auf den tiefsten Stand seit 20 Jahren.

Verschiedene Gründe könnten für die Entwicklung verantwortlich sein: Möglicherweise haben Beamte Investitionen gekürzt oder mit Absicht geringere Zahlen berichtet, um Parteirichtlinien zu Bekämpfung von industrieller Überproduktion gerecht zu werden. Allerdings haben Branchen wie zum Beispiel der Automobilsektor entgegen der Vorgabe zur Verringerung mehr Investitionen erhalten. In anderen Bereichen gab es bereits vor den neuen Vorgaben Anzeichen für eine Verlangsamung bei den Investitionen.

Hinter dem Rückgang der Sach-Investitionen könnte auch – und das wäre deutlich besorgniserregender – eine tiefe Krise der öffentlichen Finanzen auf lokaler Ebene stecken. Lokale Beamte haben in China bislang maßgeblich Investitionen und Finanzförderung in der Privatwirtschaft vorangetrieben. Doch wegen der Immobilienkrise, Problemen im Bankensektor und fallenden Industrie-Profiten sind die lokalen Finanzen in China mächtig unter Druck geraten. Am eindrucklichsten wird dies in den Daten zur Verschuldung sichtbar. Die meisten Anleihen, die lokale Regierungen 2025

ausgegeben haben, waren auf Refinanzierung und nicht Investitionen gerichtet. Zur gleichen Zeit stiegen Anleihekosten massiv an. Ohne weiteren Schuldenabbau werden Investitionen weiter rückläufig sein – und das Wachstum sich verlangsamen.

“*International hat Beijing durchaus Anlass selbstbewusst zu sein, da es im Streit um US-Zölle Washington Paroli bieten konnte. Zugleich kann es mit den neuen Exportkontrollen für Seltene Erden andere Akteure einschüchtern, die aus seiner Sicht gegen Chinas Interessen handeln. Im Inland jedoch brauen sich wirtschaftliche Probleme zusammen. Der Einbruch von Investitionen deutet auf im Hintergrund lauende Risiken, die Chinas Wachstumsziele massiv bedrohen.*”

Jacob Gunter, Programmleiter des MERICS-Forschungsteams Wirtschaft und Industrie

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Die Waffenruhe der „G2“ könnte Brüssel 2026 ins Abseits drängen

Der impulsive Politikstil von Donald Trump macht die Beziehungen zwischen den USA und China schwer vorhersehbar – und bringt Europa in eine schwierige Lage. Sollte ein erneuter Konflikt zwischen beiden Staaten, die Trump auch gern als „G2“ bezeichnet, aufflammen, dürfte Europa zwischen den Fronten stehen. Auch wenn die Waffenruhe hält und Xi und Trump weitere Vereinbarungen treffen, wieder ist Brüssel nur Zuschauer. Entscheidungen, die wichtige europäische Interessen betreffen, drohen von anderen ausgehandelt zu werden.

Europas Bedeutung für die chinesische Außenpolitik wird geringer. Brüssel muss sich auf ein China einstellen, das zu bedeutenden Zugeständnissen nicht bereit ist. Besonders deutlich wird dies in der Partnerschaft zwischen China und Russland, einer für Europa im Kontext des russischen Krieges gegen die Ukraine äußerst wichtigen Beziehung. China wird weiterhin zu Moskau stehen und keinen Druck auszuüben, um einen gerechten Frieden zu ermöglichen. In Bezug auf Taiwan dürfte Beijing, ermutigt durch seinen globalen Einfluss auf wichtige Mineralienlieferketten, ungeachtet der Ermahnungen anderer Staaten die Strategie der Einschüchterung und militärischen Druckausübung fortsetzen.

Zugleich wird China sich global stärker einbringen und sein Image als verantwortungsbewusste und verlässliche Großmacht – im Kontrast zu Washington – zu festigen. Dabei kann China von der Trump-Regierung gerissene Lücken ausnutzen, wie beispielsweise das Fehlen der USA beim G20-Gipfel in Johannesburg. 2025 konnte Beijing bereits wichtige diplomatische Erfolge feiern, wie die erneute BRICS-Erweiterung oder die Ausrichtung des bislang größten und opulentesten Gipfels der Shanghai Cooperation Organization (SCO).

Europa ist und bleibt stark mit Problemen wie dem Krieg in der Ukraine und einer anhaltenden Wirtschaftsflaute inmitten fortschreitender politischer Fragmentierung beschäftigt. Die fortdauernde Orientierung an Washington wirkt sich einschränkend auf

die Möglichkeiten aus, die Beziehung zu China zu gestalten. Ohne entschlossenes Handeln wird Europa im Jahr 2026 Schwierigkeiten haben, seine globale Bedeutung zu behaupten. Beijing zieht hingegen einen wachsenden Kreis von Partnern an, die ihre Beziehungen zu diesem wichtigen Akteur vertiefen wollen – aus geopolitischen Gründen, wirtschaftlichen Interessen, Opportunismus oder einfach aus Unzufriedenheit mit anderen Großmächten.

“ Europa muss sich auf ein schwieriges Jahr einstellen. Es sollte seine internationalen Partnerschaften über die transatlantischen Beziehungen hinaus vertiefen und diversifizieren, seine wirtschaftliche Sicherheit verteidigen und die nötige Widerstandsfähigkeit aufbauen, um dem Druck aller Großmächte standhalten zu können. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können die europäischen Länder Chinas zunehmendem Selbstbewusstsein entgegenwirken und ihre Interessen gegenüber Beijing und anderen internationalen Akteuren wahren”

Eva Seiwert, Senior Analyst, MERICS

Medienberichte und Quellen:

- Nikkey Asia: [Trump's 'G2' revival sparks anxiety in Washington and Asia](#)
- MERICS: [MERICS Europe China Resilience Audit](#)
- The Shanghai Cooperation Organisation: [25th Council of Heads of SCO Member States and the SCO plus in Tianjin](#)
- Carnegie Endowment for International Peace: [BRICS Expansion and the Future of World Order: Perspectives from Member States, Partners, and Aspirants](#)

WISSENSCHAFT, TECHNOLOGIE UND INNOVATION

China setzt auf KI, um die Wirtschaft voranzubringen, aber Tech-Exporte könnten auf Widerstand treffen

China setzt große Hoffnungen auf KI-Technologie, um seine exportorientierte Wirtschaft anzukurbeln. 2026 sollen chinesische Unternehmen mehr hochwertige Güter im Ausland verkaufen – auch wenn sich dort bereits Widerstand abzeichnet. Beijings weitreichende Initiative AI+ zielt darauf ab, KI in der gesamten Wirtschaft zu integrieren. Fertigung, Energie, Finanzen, Gesundheitswesen, Verwaltung und andere Bereiche sollen fortschrittlichere, hochwertigere und sogar völlig neue Produkte oder Dienstleistungen anbieten. Die kürzlich gestartete Initiative wird mit staatlichen Mitteln und auch durch den privaten Sektor unterstützt. Dieser setzt, Beijings Direktiven folgend, vor allem auf einheimische Technologie.

China hat sich über viele Jahre hinweg erfolgreich in den Wertschöpfungsketten nach oben gearbeitet und ist von kostengünstiger Massenware zu höherwertigen Exporten wie Elektrofahrzeugen, Solaranlagen und Lithium-Ionen-Batterien übergegangen. Bei der Entwicklung von KI-Technologie verschärft sich der Wettbewerb mit den USA, Beijing setzt auf Open Source und Robotik als nächste Export-Treiber.

In Europa regt sich jedoch zunehmend Widerstand gegen Hightech-Exporte aus China. Dessen marktbeherrschende Hersteller von 5G-Netzwerkausrüstung sind erneut ins Visier der europäischen Regierungen geraten. Sowohl Finnland als auch Deutschland wollen Beschränkungen für Ausrüstung kritischer Infrastrukturen verschärfen. Bundeskanzler Friedrich Merz hat angekündigt, chinesische Komponenten in deutschen 6G-Netzen nicht zuzulassen. Bei einem der wichtigsten Exportprodukte Chinas, den vernetzten Fahrzeugen, mehrten sich Bedenken wegen Cybersicherheit. Die norwegischen Behörden zeigten sich besorgt, dass ihre Flotte von in China hergestellten Bussen anfällig für digitale Sabotage und Hacking sein könnte.

Auch beim Schutz wichtiger Technologieunternehmen werden europäische Regierungen wachsamer. So übernahm die niederländische Regierung zeitweise die Kontrolle über das dort ansässige Unternehmen Nexperia. Sie befürchtete, dass der chinesische Eigentümer die Produktion und wichtige geistige Eigentumsrechte nach China zu verlagern wollte – was wiederum die Versorgung der europäischen Industrie mit Chips gefährdet hätte. Die EU erhöht zurzeit den Druck auf chinesische Unternehmen, bei Investitionen in Mitgliedstaaten ihre Technologie mitzubringen und lokale Anforderungen zu erfüllen, anstatt einfach nur in China hergestellte Teile zusammenzubauen.

“ China treibt die Verbreitung von KI in seiner gesamten Wirtschaft mit voller Kraft voran, mit dem Ziel, die Fertigung zu modernisieren und neue, KI-gesteuerte Produkte zu entwickeln, die es im Ausland verkaufen kann. Dies stößt jedoch auf Widerstand seitens Europas, das digitale Souveränität stärken und europäische Unternehmen vor chinesischer Konkurrenz schützen will. Die zunehmende Kontrolle der Cybersicherheit und des Wettbewerbsverhaltens wird den Export von KI für China schwieriger machen. ”

Wendy Chang, Senior Analyst, MERICS

Medienberichte und Quellen:

- MERICS: [China's "AI+" drive aims for integration across sectors: a wake-up call for Europe](#)
- Gov.cn (CN): [国务院关于深入实施“人工智能+”行动的意见 \(Opinions of the State Council on deepening implementation of the "Artificial Intelligence+" action\)](#)
- Heise: [Chancellor Merz: "Will not allow components from China in 6G network"](#)
- BBC: [Dutch government suspends intervention into chipmaker Nexperia](#)

POLITIK UND GESELLSCHAFT

Beijing stellt Industrie über Soziales – das belastet zunehmend die Bevölkerung

Im Jahr 2026 wird die chinesische Regierung ihren Balanceakt zwischen der Stabilisierung der Sozialsysteme und der Förderung von Industrieinnovation fortsetzen – und die Priorität liegt eindeutig auf Seiten der Industrie. Der Entwurf des 15.

Fünfjahrplans, den der Nationale Volkskongress im kommenden März absegnen wird, geht auf sozioökonomische Themen wie das verlangsamte Wachstum und den schwierigen Arbeitsmarkt ein. Ganz vorne steht das Leitprinzip, „die Menschen an erste Stelle zu setzen“. Doch statt Maßnahmen zur Steigerung der Haushaltseinkommen oder zur Stärkung des Sozialsystems wird der Schwerpunkt weiter auf der Stärkung strategisch wichtiger Industrien und Technologien sowie der heimischen Industriekapazitäten liegen, um Selbstständigkeit und Dominanz in Lieferketten zu erreichen. Die dafür benötigten Ressourcen fehlen in den sozialen Systemen.

Für viele Bürger wird sich die Lage im Jahr 2026 schwierig gestalten. Der Einbruch des Immobilienmarktes hat seit 2021 Vermögen in der Mittelschicht reduziert. Viele städtische Familien hatten einen Großteil ihrer Ersparnisse in Wohnungen investiert, die jetzt an Wert verloren haben. Gleichzeitig bleibt die Jugendarbeitslosigkeit mit rund 17 Prozent hoch – und im Sommer 2026 werden voraussichtlich mehr als zwölf Millionen neue Absolventen auf den Arbeitsmarkt strömen. Und das in einer Volkswirtschaft, die zuletzt weniger als elf Millionen neue Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen hat. Die Kommunistische Partei wiederum braucht angesichts eines verlangsamten Wirtschaftswachstums und angespannter öffentlicher Finanzen Erfolge in ihrer Industriepolitik, will sie ihr Wohlstandsversprechen an die Bürger eines Tages erfüllen.

Insbesondere unter jungen Menschen wächst daher die Unzufriedenheit. Die sogenannte Gig-Economy von prekären Kurzzeit-Jobs, in der mehr als 200 Millionen städtische Arbeitnehmer oder 40 Prozent der städtischen Erwerbsbevölkerung beschäftigt sind, bietet wenig Stabilität oder Sicherheit. Wegen Beijings Fokus auf Technologie und industrielle Kapazitäten dürfen Ressourcen von Sozialprogrammen abgezogen werden, die ein wachsendes Prekariat und auch die von Einbußen betroffene städtische Mittelschicht unterstützen sollten. Der Partei setzt auf industriegetriebenes Wachstum, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und den Wohlstand zu steigern. Sollte diese Wette nicht aufgehen, würde sie ihr selbstgesetztes Ziel, dem Volk zu dienen, verfehlen und viele Chinesen die Kosten tragen lassen.

“ Trotz ihrer sozialistischen Rhetorik hindert der Fokus der KPC auf strategische Industrien sie daran, den Wohlstand in nennenswerter Weise umzuverteilen. Das Versprechen des gemeinsamen Wohlstands hängt davon ab, ob die industrielle Modernisierung und die technologische Innovation Chinas Erfolg haben und genügend Arbeitsplätze zu schaffen. ”

Nis Grünberg, Lead Analyst, MERICS

Medienberichte und Quellen:

- Reuters: [China's new home prices fall at fastest pace in 11 months](#)
- SCMP: [China braces for record 12.7 million graduates entering tight job market in 2026](#)
- The Strait Times: [China can't afford to ignore its army of gig workers](#)

METRIX

12 : 15

Zwölf ist die Zahl der Fünfjahrpläne, welche die Sowjetunion vor ihrem Ende 1991 umgesetzt hat. Die UdSSR brach zusammen, bevor sie einen 13. Entwurf ausarbeiten konnte. Der Nationale Volkskongress Chinas wird nun im März nächsten Jahres den 15. Fünfjahrplan verabschieden. Xi Jinping wurde 2012, ein Jahr nach Beginn des 12. Fünfjahrplans, zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas gewählt. Er maß der Bedeutung der Zahl 12 im Zusammenhang mit Fünfjahrplänen eine hohe Bedeutung zu. In ersten Reden betonte er seinerzeit, es gelte, das Schicksal der UdSSR zu vermeiden, die durch „historischen Nihilismus“ sowie in Ignoranz der sowjetischen Geschichte und ihrer Kommunistischen Partei in „ideologisches Chaos“ gestürzt war. Während die UdSSR knapp ein Jahr nach dem Ende ihres 12. Fünfjahresplans unterging, wird die VR China ihren 12. nun bald um ein Jahrzehnt überdauert haben. (Quelle: [Yibao](#))

MERICCS CHINA DIGEST

[Xi und Trump vereinbaren Treffen in Beijing im April in Telefonat \(NY Times\)](#)

Präsident Trump erklärte am Montag, er habe eine Einladung von Präsident Xi zu einem Besuch in Beijing im April angenommen. Laut offiziellen Berichten beider Regierungen über das Telefonat diskutierten beide Staatschefs über Taiwan, den Krieg in der Ukraine und Handelsfragen. Ungewöhnlicherweise sei die Initiative für das Telefonat von Xi ausgegangen, berichtet die New York Times. (24.11.25)

[Diplomatischer Streit zwischen Japan und China erreicht die UN \(Kyodo Times\)](#)

Der japanische UN-Botschafter sandte einen Brief an Generalsekretär Guterres, in dem er eine chinesische Forderung zurückwies, Premierministerin Takaichi solle ihre Äußerungen zu Taiwan zurücknehmen. Takaichi hatte auf parlamentarische Fragen geantwortet, dass ein militärischer Angriff auf Taiwan eine „Existenz bedrohende Situation“ für Japan darstellen könnte. Das hatte zu Protesten seitens Chinas geführt, darunter Warnungen vor Reisen und Studienaufenthalten in Japan. (25.11.25)

[Deutscher Außenminister könnte noch vor Jahresende nach China reisen \(Reuters\)](#)

Nach dem Besuch von Vizekanzler und Finanzminister Klingbeil in Beijing könnte Außenminister Johann Wadephul noch vor Jahresende folgen, sagte er am Dienstag auf einem Politikforum in Berlin. Wadephul sollte ursprünglich Ende Oktober in die chinesische Hauptstadt reisen, sagte jedoch in letzter Minute ab. Die verschobene Reise könnte auch dazu genutzt werden, eine geplante Reise von Bundeskanzler Merz nach China Anfang 2026 vorzubereiten. (25.11.25)

[China warnt vor „Bergbau-Sklaverei“ in der Zentralafrikanischen Republik \(Reuters\)](#)

Chinas Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik hat ihre Bürger davor gewarnt, im Goldhandel des politisch instabilen Landes zu „Bergbau-Sklaven“ zu werden. Chinesische Arbeiter richten angesichts fehlender Jobs in China ihren Blick unter anderem auf Subsahara-Afrika. Chinesische Staatsangehörige seien von bewaffneten Gruppen oder vermeintlichen Geschäftspartnern getötet oder entführt worden, während andere betrogen und wegen illegaler Bergbauaktivitäten abgeschoben wurden, erklärte die Botschaft am Donnerstag in einer Stellungnahme. (21.11.25)

[Taiwan verteilt Sicherheitshandbuch an Haushalte wegen Bedrohung durch China \(Straits Times\)](#)

Das Handbuch gibt Anweisungen zum Auffinden von Luftschutzbunkern und zur Vorbereitung von Notfallausrüstungen. Es enthält außerdem erstmals Hinweise zum Verhalten bei Begegnungen mit feindlichen Soldaten und betont, Behauptungen einer Kapitulation Taiwans seien als falsch anzusehen. (17.11.25)

[EU-Kommission erhöht Druck auf Shein \(Reuters\)](#)

Die EU-Kommission erklärte, die Online-Plattform könne ein „systemisches Risiko“ für Verbraucher darstellen. Sie fordert weitere Informationen von dem Unternehmen, nachdem illegale Artikel, darunter kinderähnliche Sexpuppen und verbotene Waffen, auf dessen Marktplatz zum Verkauf angeboten worden waren. Die Entwicklung trübt die Eröffnung des ersten Geschäfts von Shein im Pariser Kaufhaus BHV. (26.11.25)

REDAKTION

VERANTWORTLICHE REDAKTEURIN

Claudia Wessling
Leiterin Kommunikation
und Publikationen, MERICS

REDAKTEURE

Ellen Thalman
Freiberufliche Redakteurin

Gerrit Wiesmann
Freiberuflicher Redakteur

Johannes Heller-John
Kommunikationsmanager, MERICS

Linda Heyer
Projektmanagerin, MERICS

GRAFIK

Alexandra Hinrichs
Grafikdesignerin, MERICS

HERAUSGEBER

MERICS | Mercator Institute for China Studies

Alte Jakobstraße 85–86
10179 Berlin
Tel.: +49 30 3440 999 0
E-Mail: info@merics.de
www.merics.org